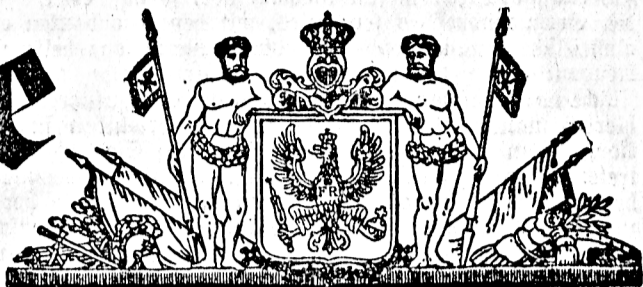


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschullehrer, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 8 Mark und 66%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverangelt Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Das drohende Provisorium.

### Ein oberschlesischer Saarstaat?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wl Paris, 4. August.

In französischen unterrichteten Kreisen bezweifelt man, daß der Oberste Rat Zeit finden wird, sich mit anderen Problemen als der oberschlesischen Frage eingehend zu befassen, auch wenn andere Fragen in die Tagesordnung der Konferenz eingestellt werden sollten. Nach meinen Beobachtungen rechnet man auf französischer Seite kaum mehr mit der Möglichkeit einer endgültigen Lösung des oberschlesischen Problems durch die bevorstehende Pariser Konferenz. Man bestätigt mir, daß die Sachverständigen bisher zu keiner Einigung gelangen konnten, und daß eine Einigung bei der Lage der Dinge fast ausgeschlossen erscheint. Unter diesen Umständen hält man es für das Wahrscheinlichste, daß die Verbündeten sich über eine provisorische Lösung verständigen, nach der Deutschland und Polen die unbestrittenen Gebiete sofort erhalten, während der Kern des Industriegebietes in einer auch von französischen Militärschätzern diskutierten Umgrenzung vorläufig von den Verbündeten besetzt bliebe. Von französischer Seite wurde mir dazu bemerkt, daß Frankreich eine endgültige Lösung durch die bevorstehende Konferenz dem Provisorium vorziehen würde, daß man andererseits aber davon überzeugt sei, daß jede irgendwie denkbare endgültige Lösung weder Deutschland noch Polen zufriedenstellen würde.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß auch die Franzosen die provisorische Lösung unter diesen Umständen für die gegenwärtig beste und allein mögliche Lösung halten und daß eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Polen von französischer Seite jedenfalls nicht verhindert, vielmehr sogar begrüßt würde. Letzteres gilt natürlich nicht für jene Kreise, die von Deutschlands angeblicher Revanchelust überzeugt sind und nach deren Überzeugung die Dauer des europäischen Friedens davon abhängt, daß Deutschland die oberschlesische „Waffenkammer“ wie diese Kreise sich jetzt unter Anführung eines unverantwortlichen und unzurechnungsfähigen Ausspruches der Reichstagsabgeordneten Käthe Schirmer gern ausdrücken, verliert. Man darf indessen bezweifeln, daß diese Auffassung von Briand und Loucheur geteilt wird.

Zwischen Paris und London ist gegenwärtig ein Meinungsaustrausch darüber im Gange, ob Belgien zu der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates eingeladen werden soll oder nicht. Es kann heute schon, wie ich zuverlässig höre, als sicher gelten, daß Belgien keinesfalls mit beschließender Stimme, wie Frankreich, England und Italien, an der Konferenz teilnehmen wird, da es nach dem Versailler Vertrag bei der Lösung der oberschlesischen Frage nicht mitzureden hat. Die verbündeten Großmächte werden aber vielleicht beschließen, Belgien trotzdem in einer anderen Form Gelegenheit zu geben, der Konferenz beizuwohnen.

\*

Die Andeutung, daß der Oberste Rat ein „Kompromiß“ suchen werde, indem die Lösung „vertagt“ und irgend ein Provisorium geschaffen werden solle, ist zunächst in englischen Blättern aufgegriffen. Die Bestätigung, die jetzt unser Pariser Berichterstatter gibt, muß im höchsten Grad alarmierend wirken. Wenn man in Paris davon spricht, daß jede mögliche Lösung Widerspruch finden werde, so übersieht man, daß der Verzicht auf eine Lösung nach Lage der Dinge unter allen Umständen das größere Uebel wäre.

Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß es einflußreiche Kreise innerhalb der Entente gibt, die sich wirtschaftliche Sonder Vorteile davon versprechen, wenn im Osten eine Art von „Saarstaat“ geschaffen würde, unter dem Vorwand, daß nur auf diese Weise die Fortdauer der industriellen Produktion gesichert werden könne. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Plan um den Versuch, das, was vom oberschlesischen Volk innerhalb der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft in jahrzehntelangem Aufstieg geschaffen worden ist, in den Besitz des Ententekapitals zu bringen. Nur eine völlige Vertrennung der Lebensbedingungen der europäischen Wirtschaft und der örtlichen Verhältnisse kann dazu führen, aus der Zerreißung des lebensnotwendigen Zusammenhangs zwischen Oberschlesien und dem Deutschen Reich Nutzen ziehen zu wollen. Das sichere Ergebnis wäre die Beschleunigung des Zusammenbruchs Mitteleuropas und die Zerstörung aller Ansätze eines geordneten Wiederaufbaus.

In Polen scheint man einzusehen, daß die bisher betriebene Politik zur dem deutschen Nachbarvolk schadet, daß sie dabei

befürchten, daß Polen unter allen Umständen in Oberschlesien das Nachsehen haben werde und fragt sich, ob die Schaffung einer ententekapitalistischen Industriezone nicht für Polen das größere Uebel darstellen würde gegenüber einem deutschen Oberschlesien, dessen wirtschaftliche Ergebnisse durch vertragliche Abmachungen in weitestem Umfang dem polnischen Wiederaufbau zugeführt werden könnten. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Warschauer amtlichen Stellen Wert darauf legen, nachdrücklich bekannt zu geben, daß sie die Gefahr und die Absicht einer sogenannten provisorischen Lösung erkennen.

Das geht besonders deutlich auch daraus hervor, daß die polnische Vertretung in Berlin in Form einer Nichtigstellung der Berichte über die Rede des Ministerpräsidenten Witos im Sejm mit besonderer Entschiedenheit darauf hinweist, daß nicht eine Drohung gegen eine etwaige Lösung der oberschlesischen Frage ausgesprochen, vielmehr nur auf das entschiedenste der Schaffung eines Provisoriums entgegengetreten worden sei, bei dem der polnische Staat unter keinen Umständen mitwirken könne.

Offenbar wollte der polnische Ministerpräsident ausdrücken, daß Polen sich mit einem noch so schmerzlichen Verzicht eher abfinden könne, als mit der Fortdauer der Unruhen und Unsicherheit, die es jeder polnischen Regierung unmöglich macht, innerhalb der weitgestreckten Grenzen des polnischen Staats die innere Konsolidierung anzubahnen.

J. E.

### England und die Verstärkungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

W London, 4. August.

Wie mir an befreundeter Stelle mitgeteilt wird, steht die britische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nach hier vorliegenden Nachrichten eine Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien nicht erforderlich ist. Die Frage wird als erste auf der Konferenz des Obersten Rates behandelt werden, um Frankreich Gelegenheit zu geben, seine Gründe für diese Truppenentsendungen vorzubringen. Sollte die französische Regierung im Besitze solcher Nachrichten sein, die die Entsendung von Verstärkungen notwendig erscheinen lassen, so wird England diese Mitteilungen als stichhaltig anerkennen. Nach hier noch in den letzten Tagen vorliegenden Berichten der englischen Vertreter dürfte diese Möglichkeit aber als durchaus unwahrscheinlich angesehen werden. Die englische Regierung hat auch, wie betont wird, keine Verpflichtung übernommen, das französische Verlangen nach Entsendung weiterer Truppen anzuerkennen.

Das weitere Programm der Konferenz ist bisher noch nicht bestimmt, außer daß als nächster Punkt die Frage der Grenzführung in Oberschlesien beraten werden soll. Bezüglich dieses Punktes wird größtes Stillschweigen bewahrt. Es dürfte aber doch als sicher gelten, daß die englische Regierung noch auf der Basis ihrer früher wiederholt stützten Vorschläge steht.

Man sieht hier als sicher an, daß die belgische und wohl auch die französische Regierung ihrer Unzufriedenheit mit den Leipziger Urteilen Ausdruck geben und verlangen werden, daß die Angeklagten vor belgische und französische Gerichtshöfe zur Aburteilung kommen sollen. England wird keinen derartigen Antrag stellen. Die Regierung steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß sie die Korrektheit der Leipziger Verfahren anerkennt und sie behält sich die Zustimmung zu etwaigen belgischen oder französischen Anträgen auf eine Wiederholung der Prozesse vor, je nach den Beweisgründen, die vorgebracht werden dürften. Sie verkennt auch nicht die Schwierigkeiten der Situation für die beiden Regierungen, die ihren eigenen Völkern in dieser Beziehung ziemlich weitgehende Zusicherungen gemacht haben, aber es besteht auf englischer Seite keine Absicht, die von England angeklagten Personen vor englische Gerichtshöfe zu bringen.

Schließlich wird der Oberste Rat bestimmen den Plan einer gemeinsamen Hilfsaktion für das hungarische Rußland erörtern. Es soll sich nach den bisher vorliegenden Plänen um eine rein humanitäre Aktion handeln, die in keiner Weise mit politischen Maßnahmen verknüpft werden soll. Einzelheiten für diese Aktion sind bisher noch nicht festgelegt worden.

\*

Der Führer der Republikaner im amerikanischen Repräsentantenhaus, Porter, hat anlässlich der Beratung einer Entschlebung, die die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Deutschland forderte, erklärt, diese müßten bis zur Regelung der zwischen Deutschland und Amerika noch nicht geordneten wirtschaftlichen Fragen in Europa bleiben. Er glaube, daß diese Regelung in zwei bis drei Monaten erfolgen werde.

## Die Kreditnot des Großgrundbesitzes

Von

Dr. Kurt Freiherr von Reibnitz,  
Staatsminister in Neustrelitz.

Der Wiederaufbau Deutschlands hängt, abgesehen von außenpolitischen Faktoren, auf die hier nicht eingegangen werden soll, in erster Linie von der Möglichkeit ab, die notwendigen Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Zurzeit muß ein Drittel der Bevölkerung, das heißt ungefähr 20 Millionen Menschen durch ausländische Nahrungsmittel ernährt werden; die Milliarden aber, die nötig sind, diese anzuschaffen, verschlechtern dauernd den Stand der Markt bzw. verhindern ihre durch andere Umstände vielleicht gegebene Steigerungsmöglichkeit. Dazu ergibt sich aus den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, daß wir für jede Milliarde Nahrungsmittel 2,2 Milliarden Waren ausführen müssen.

Wesentliche Voraussetzung für eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf Friedenshöhe und eine Steigerung darüber hinaus ist außer der Urbarmachung von Oed- und Unland vor allem die vermehrte Anwendung von Kunstdünger.

Welche Mittel sind nun anzuwenden, um die notwendige Steigerung der Anwendung künstlichen Düngers herbeizuführen? Für den Kleingrundbesitz hat in erster Linie eine vermehrte Propaganda für diese Anwendung einzusetzen, sind Bewirtschaftungsvereine in jedem ländlichen Kreise möglichst dicht bei der Kreisstadt einzurichten, vor allem aber muß der theoretische Unterricht in den landwirtschaftlichen Winterschulen ausgebaut werden. Da indessen beim Kleingrundbesitz die Anwendung künstlicher Düngemittel infolge des im Betriebe anfallenden tierischen Düngers im Verhältnis zum Wert des Besizes nicht so viel Mittel verschlingt wie beim Großbesitz, dürfte die Ausdehnung der Landwirtschaft in Preußen bzw. des ritterschaftlichen Kreditvereins für beide Mecklenburg in Rostock auf den Kleingrundbesitz und der Ausbau des Genossenschaftswesens in Bezug auf den Personalkredit auf finanziellen Gebiete genügen.

Dem Großgrundbesitz braucht die Notwendigkeit, seine Wirtschaft zu intensivieren, nicht erst klargemacht zu werden, für ihn liegt die Schwierigkeit in der Beschaffung des nötigen Kredits, da der durch die Geldentwertung eingetretene Mangel an Betriebskapital ein Hindernis jeder Intensivierung ist. Vor allem dürfte, von wenigen Fällen abgesehen, sein Realcredit fast überall erschöpft sein. Der kürzlich nach dem Beispiel preussischer Landwirtschaften erfolgte Beschluß der Generalversammlung des 1818 gegründeten ritterschaftlichen Kreditvereins für beide Mecklenburg in Rostock, den nach den Tagungsprotokollen ermittelten Wert des Gutes um 100 v. H. die Pfandbriefbewilligung auf zwei Drittel des sich hiernach ergebenden Wertes zu erhöhen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Frühere Hypothekeneintragungen, das Reichsnotopfer und die in irgendeiner Form zu erwartenden Goldhypotheken werden in Zukunft den Großgrundbesitz so belasten, daß Genossenschaften und Pfandbriefinstitute mit ihren erschwerenden Bedingungen Kredite für die notwendige Intensivierung seiner Wirtschaft im allgemeinen kaum mehr zur Verfügung stellen können. Dazu kommt, daß die freie Getreidewirtschaft denjenigen Besitzer, der den größten Teil seiner Produkte verkauft, d. h. vor allem den Großgrundbesitzer gezwungenermaßen zu einem mittelbaren Valutapekulant macht. Denn der inländische Getreidemarkt wird nicht nur von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt — die fünf Agrarländer Rußland, Argentinien, Nordamerika, Rumänien und Kanada lieferten vor dem Kriege 90 v. H. des Getreidebedarfs der Welt —, sondern auch von den Schwankungen der Welt abhängerig sein. Demgemäß wird auch der Ertragswert der großen Güter dauernd schwanken und zwar so, daß Genossenschaften und Realcreditbanken bei seiner Beleihung nur bis zu einer verhältnismäßig geringen Grenze gehen können, unter die der Ertragswert nach menschlichem Ermessen niemals fallen wird.

Weniger stark als die Schwankungen der Weltmarktpreise für Getreide, das heißt des Ertragswertes, werden in den nächsten Jahren bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen die Schwankungen des inländischen Wertes der Markt, das heißt des toten und lebenden Inventars sein, das ja ebenfalls als Unterlage für Kreditgewährungen, freilich nur auf dem Gebiete des Personalkredits, dienen kann, da es der Wertminderung durch einen schlechten bzw. der Beseitigung durch einen dolosen Schuldner ausgesetzt ist. Da indessen eine weitgehende Verschlebung in dem Wertverhältnis zwischen Grund und Boden einerseits, dem toten und lebenden Inventar andererseits eingetreten ist — das Verhältnis, das früher 60 : 40 war, ist jetzt 22 : 78 —, werden wenigstens drei Viertel des Wertes landwirtschaftlicher Großbetriebe verhältnismäßig stabil bleiben. Komplizierter bei der Betrachtung der Kreditverhältnisse wirkt freilich, daß der Wert der Güter ohne